

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Ingersheim, Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (IPB 53, Rathaus 3, Stiege 1082 Wien, Redaktion: Rathaus
3, Stiege 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur: Fred Vavrašek, Verlags- und Herstellungsort: Wien
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt.

Dienstag, 17. Februar 1987

Blatt 320

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr: Banken sollen Wohnbaukredite billiger machen (335)

Kommunal/Lokal:

Mayr: ÖVP betreibt Verwirrspiel um Heldenplatzgarage (321/FS: 16.2.)

U-Bahn-Bau: Entsorgung des kontaminierten Erdreichs beendet (322/FS: 16.2.)

Jugendzahnkliniken feiern 75jähriges Bestehen (323/FS: 16.2.)

Neuer Vorstand im Wilhelminenspital (324/FS: 16.2.)

Stacher: Epidemiologische AIDS-Untersuchungen fortgeführt (325/FS: 16.2.)

Mit den Verkehrsbetrieben zu den Freizeitmessen (326)

Fünf neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre (327)

Fünf Jahre Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt“ (328)

Nachfahrverbot für LKW in Wien hat sich bewährt (329/330)

Altlasten: Sanierungsart muß für jeden Einzelfall neu gewählt werden (331/332)

Der „freundliche Wiener“ bei den Wiener Freizeitmessen (333)

Zwischenbilanz der Aktion gegen Schnellfahrer (334)

Mayr: ÖVP betreibt Verwirrspiel um Heldenplatzgarage

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) „Ich wäre Herrn Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK sehr dankbar, wenn er das Verwirrspiel um die Heldenplatzgarage in seiner Partei beenden könnte“, betonte Vizebürgermeister Hans MAYR Montag zu heutigen Aussagen von ÖVP-Politikern in Buseks Pressegespräch. Mayr kritisierte, daß sich die führenden Wiener ÖVP-Politiker von Busek bis zu Handelskammerpräsident Ing. Karl DITTRICH zwar für Konsenslösungen bei der Heldenplatzgarage stark machen, andererseits aber immer wieder versucht werde, durch eine unsachliche Darstellung den Bau der Garage in Frage zu stellen. So ein unsachlicher Versuch sei auch heute Montag wieder vorgenommen worden. Denn die meisten Auflagen des Umweltverträglichkeitsgutachtens der Technischen Universität Wien würden erfüllt werden:

- Der Heldenplatz, der Josefsplatz, der Platz in der Burg und weitere Verkehrsflächen sollen nach Bau der Garage vom ruhenden Verkehr freigehalten werden, die Autos würden — wie gefordert — in die Garage kommen, es würde dadurch auch zu keiner Vergrößerung des Parkplatzangebots und des Verkehrsaufkommens kommen;
- die Vermeidung sichtbarer Betonflächen bei der Zu- und Abfahrt wurde bereits vereinbart;
- die Absaugung der Gase bei Zu- und Abfahrt ist eine Selbstverständlichkeit;
- nicht erfüllt werden kann die Forderung nach einer Zu- und Abfahrt über Volksgarten/Bellaria wegen der enormen Ablöseforderungen des Pächters Böhm — allerdings wurde in Übereinstimmung mit Dir. FILLITZ eine Verlängerung der Ausfahrtsrampe zur Bellaria und der Einfahrtsrampe zur Babenberger Straße vereinbart. Gegen eine so gestaltete Ein- und Ausfahrt in der Nebenfahrbahn des Rings bestehen von Seiten der Museen nun kein Bedenken mehr.

(Schluß) sei/rr

U-Bahn-Bau: Entsorgung des kontaminierten Erdreiches beendet

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Wie Verkehrsstadtrat Johann HATZL Montag der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ mitteilte, ist die Entsorgung des kontaminierten Erdreiches vom Gaudenzdorfer Gürtel praktisch abgeschlossen. Bekanntlich war man dort im Zuge der Bauarbeiten für die U6 auf die Überreste eines alten Gaswerkes gestoßen, von dem die Verunreinigung des Erdreiches stammte.

Insgesamt wurden nahezu 150.000 Tonnen Erde abtransportiert, was fast 100 Millionen Schilling kostete. Davon gingen rund 90.000 Tonnen ins Ausland, darunter fast zur Gänze das stark kontaminierte Material. Schwach kontaminierte Erde wurde auf Deponien in Wien und Niederösterreich entsorgt. Ein geringer Teil von stark kontaminierter Erde wurde bekanntlich von der VOEST übernommen. Der Abtransport erfolgte unter täglichen Kontrollen und Messungen direkt an der Baustelle.

Derzeit fallen hier noch geringe Mengen an schwach kontaminiertem Erdreich beim Aushub an. Trotz der großen Probleme und der hohen Kosten, die durch den überraschenden „Fund“ entstanden, kann der Terminplan nahezu eingehalten werden. (Schluß) roh/bs

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Jugendzahnkliniken feiern 75jähriges Bestehen

Stacher: Verhandlungen mit Sozialversicherung über Finanzierung

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher betonte, daß die Jugendzahnkliniken auch heute noch ihre Berechtigung haben, wenn sich ihr Aufgabenbereich auch seit der Gründung gewandelt hat. Eine wichtige Aufgabe komme nun der Behandlung von Stellungsanomalien zu, wo die Jugendzahnkliniken große Erfahrungen besitzen. Ein wichtiges Anliegen sei für die Zukunft die Verstärkung der Prophylaxe. Derzeit, so Stadtrat Stacher, laufen Verhandlungen mit der Sozialversicherung zum Abschluß eines Vertrages, mit dem die Finanzierung der Jugendzahnkliniken gesichert werden soll.

Kein „Luxus“ – Zahndefekte bei jedem zweiten Kind

Die Tätigkeit der Jugendzahnkliniken ist sicher kein „Luxus“, wenn auch die Frage der Finanzierung der Zahnbehandlung für die Kinder heute nicht mehr ausschlaggebend ist: von den 78.994 Kindern, die im Jahre 1986 untersucht wurden, stellten die Ärzte bei 31.994 Zahnschäden fest. Der hohe Anteil an kranken Zähnen, die in den Jugendzahnkliniken vielfach zum ersten Male festgestellt wurden, ist der Beweis dafür, daß die Jugendzahnkliniken aus der Vorsorgemedizin der Stadt Wien nicht mehr wegzudenken sind.

Dr. Cwetler neuer Leiter der Jugendzahnkliniken

Dr. Hans Peter Cwetler, der neue Leiter der Jugendzahnkliniken, widmet sich als Facharzt für Zahnheilkunde vor allem den Kunststoff-Aufbauten bei Zähnen, wodurch vor allem bei Kindern mit gänzlich abgebrochenen oder total zerstörten Frontzähnen teure Kronen erspart werden, sowie der Implantation und Reimplantation. Er ist auch Mitglied der Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft für Akupunktur. 1986 hatte er die provisorische Leitung der Jugendzahnkliniken übernommen, zu deren Leiter er nun bestellt wurde.

Dr. Cwetlers Vorgänger Prof. Wächter ist 1986 in Pension gegangen. (Schluß) and/gg

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!
Forts. von Blatt 315

Neuer Vorstand im Wilhelminenspital

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Im Wilhelminenspital wurde Montag Univ.-Prof. Dr. Hugo PARTSCH als neuer Vorstand der Dermatologischen Abteilung von Gesundheits- und Spitalsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER in sein Amt eingeführt. Der neue Primarius tritt damit die Nachfolge von Univ.-Prof. Dr. Walter LINDEMAYER an, der seit 1961 Vorstand der Dermatologischen Abteilung war und nunmehr in den Ruhestand trat. Univ.-Prof. Dr. Partsch war seit 1980 im Hanusch-Krankenhaus tätig, wo er die dort befindliche Gefäßambulanz aufbaute und leitete. (Schluß) zi/gg

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Stacher: Epidemiologische AIDS-Untersuchungen fortgeführt

Auch andere Bundesländer sollten Antidiskriminierungsbeschluß fassen

Wien, 16.2. (RK-KOMMUNAL) Die Stadt Wien wird an dem Beschluß des Wiener Stadtsenates festhalten, wonach im Rahmen einer epidemiologischen Studie Untersuchungen auf HIV-Antikörper unter Wahrung strengster Anonymität durchgeführt werden sollen. Das erklärten Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER. Die gleiche Form von Untersuchungen werde neuerdings auch vom Center of Disease Control in den Vereinigten Staaten angewandt. Es sei erstaunlich, wie immer wieder falsche Interpretation und mangelndes Wissen über die Vorgangsweise zu Mißverständnissen und mit Gewalt herbeigeführten Differenzen in den Auffassungen führen, meinte Stacher.

So seien zum Beispiel die Diskussionen, ob es sich um eine Dunkelziffer von 5.000 oder 10.000 HIV-positiven Menschen in Österreich handelt, so lange leere Annahmen, als nicht aufgrund einer breitbasigen epidemiologischen Studie, wie sie von der Stadt Wien nun durchgeführt wird, Anhaltspunkte für diese Zahlen vorliegen, betonte der Gesundheitsstadtrat. Das sei auch die Ansicht der bekanntesten Spezialisten, die tatsächlich mit AIDS-Kranken zu tun haben, nämlich Prof. Wolff, Leiter der 1. Hautklinik der Wiener Universität, und Doz. Dr. Gschnait, Vorstand der Dermatologischen Abteilung des Lainzer Krankenhauses.

Die Gefahr einer Isolation AIDS-Kranker durch das Bekanntwerden positiver AIDS-Befunde sieht Stadtrat Stacher nicht, da Befunde nur dem Arzt und den Betroffenen zugänglich sind.

Es wäre viel sinnvoller, fügte Gesundheitsstadtrat Stacher hinzu, wenn auch andere Experten dazu übergängen, statt die Studien in Frage zu stellen, einen Anti-Diskriminierungsbeschluß für AIDS-Kranke zu unterstützen, wie ihn die Stadt Wien gefaßt hat. (Schluß) and/gg

Bereits am 16. Februar 1987
über Fernschreiber ausgesendet!

Mit den Verkehrsbetrieben zu den Freizeitmessen

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Wie immer während großer Messen verstärken die Wiener Verkehrsbetriebe auch während der kommenden Tage den öffentlichen Verkehr zum Messegelände. In der Zeit vom 18. bis 21. Februar verkehren während der Öffnungszeiten der Wiener Freizeitmessen folgende Linien zum Messegelände im Prater: die Linie „N“ vom Schwedenplatz bis zum Südportal des Messegeländes, die Linie „21“ vom Schwedenplatz und die Linie „81“ vom Praterstern zum Westportal des Messegeländes.

Als zusätzliches Service der Wiener Verkehrsbetriebe verkehrt die Autobuslinie „82A“ als neue Messelinie zwischen dem Praterstern und dem Südportal. Damit eine Anbindung an die Straßenbahnlinie „N“ gewährleistet ist, wird in beiden Fahrtrichtungen in der Kaiserallee vor beziehungsweise nach der Hauptallee eine Haltestelle eingerichtet.

Diese Messelinie wird in der Zeit zwischen 9.30 und 18.35 Uhr in einem 15-Minuten-Intervall im VOR-Tarif geführt. (Schluß) roh/bs

Fünf neue Flächenwidmungspläne, eine Bausperre

Öffentliche Auflage

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Für fünf Gebiete im 3., 19., 20., 21. und 22. Bezirk wurden Entwürfe für neue Flächenwidmungs- und Bebauungspläne ausgearbeitet, für einen Teil des 18. Bezirks in Pötzleinsdorf soll eine zeitlich begrenzte Bausperre verhängt werden. Die Planentwürfe liegen vom 19. Februar bis 19. März während der Amtsstunden (Montag bis Freitag zwischen 8 und 15.30 Uhr, an den „langen Donnerstagen“ bis 17.30 Uhr) in der Magistratsabteilung 21, Wien 1, Rathausstraße 14-16, 2. Stock, zur öffentlichen Einsicht und Stellungnahme auf. Für das Gebiet im 19. Bezirk gibt es zusätzlich während der Zeit der öffentlichen Auflage jeweils donnerstags nachmittag Auskunftsmöglichkeiten durch Mitarbeiter der zuständigen Fachdienststelle der Stadt Wien.

Das Gebiet im 3. Bezirk liegt im Bereich der Südosttangente, Abfahrt St. Marx. Hier soll an die Stelle der Widmung „Industriegebiet“ die Widmung „Gemischtes Baugebiet“ treten.

Die Planungen im 19. Bezirk beziehen sich auf einen 71 Hektar großen Stadtteil beiderseits der Salmansdorfer Straße. Hier soll das charakteristische Ortsbild gesichert werden. Das bedeutet Bauungsbeschränkungen, die Erhaltung der Weinbaugebiete und die Festlegung einer Schutzzone (nun besser abgestimmt mit den Grenzen zum Wald- und Wiesengürtel und dem Baubestand).

Im 20. Bezirk betreffen die Planungen einen Baublock im Bereich Universumstraße/Hellwagstraße. Hier war ursprünglich eine Garage geplant, die nun nicht an dieser Stelle gebaut werden soll. Nun werden die widmungsrechtlichen Vorkehrungen zur Errichtung eines Wohnhauses getroffen.

Im 21. Bezirk wurde für ein 88 Hektar großes, dünnbesiedeltes Gebiet südlich der Grenze zu Niederösterreich/Am Bisamberg geplant. Ziele sind hier unter anderem die Erhaltung des charakteristischen Erscheinungsbildes im alten Ortskern von Strebersdorf (zum Beispiel durch Bauungsbeschränkungen und die Vorschreibung der gärtnerischen Ausgestaltung von Innenhöfen) und die Sicherung zusammenhängender landwirtschaftlich genutzter Flächen. Hier soll die Schottergewinnung nicht mehr möglich sein.

An der Zschokkegasse/Erzherzog-Karl-Straße liegt das Plangebiet im 22. Bezirk. Weil die diplomatische Vertretung der UdSSR zusätzliche Flächen benötigt, ist eine Widmungsänderung notwendig, die auch die Verschiebung der für die Errichtung eines Pensionistenheimes notwendigen Fläche nach Süden vorsieht. Außerdem werden Vorkehrungen für die Errichtung von Wohnungen getroffen.

Eine zeitlich begrenzte Bausperre soll es im 18. Bezirk beiderseits der Leschetitzkygasse geben. Während ihrer Geltung soll ein neuer Flächenwidmungs- und Bebauungsplan unter anderem mit dem Ziel erstellt werden, die kleinteilige Bauungsstruktur in diesem Gebiet zu erhalten. (Schluß) and/bs

Fünf Jahre Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt“

Am 18. Februar startet das Seniorenquiz 1987

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Die Eröffnungsveranstaltung des Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt“ 1987 findet am Mittwoch, dem 18. Februar, im Pensionistenheim Wienerberg, 10, Neilreichgasse 120, statt. Das Bildungsquiz für Senioren „Wer weiß-gewinnt“ feiert dieses Jahr sein fünfjähriges Bestehen.

Veranstalter des Quiz sind der Verband Wiener Volksbildung und die Magistratsabteilung 13.

Die Bilanz dieser Veranstaltungsreihe kann sich mit bisher 296 aktiven Teilnehmern und rund 30.000 Besuchern bei den einzelnen Quizrunden sehen lassen. Rund 100.000 Wiener im Jahr hören die ORF-Übertragungen der Veranstaltungen.

Ziel des Seniorenquiz ist es, verstärkt Impulse zur geistigen Aktivität zu geben und in unterhaltsamer Form zum Mitraten und Mitdenken zu animieren.

Anmeldungen zur Teilnahme am Seniorenquiz „Wer weiß-gewinnt“ nimmt der Verband Wiener Volksbildung, 15, Hollergasse 22, Tel.: 83 56 10/26 DW entgegen. Mitmachen können alle, die das 55. Lebensjahr überschritten haben. (Schluß) jel/rr

Nachtfahrverbot für LKW in Wien hat sich bewährt

Hofmann präsentierte Untersuchung

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Das ursprünglich nur versuchsweise für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober 1986 eingeführte Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen in Wien war so erfolgreich, daß es unbefristet verlängert wurde. Nun liegen die detaillierten Ergebnisse einer Vorher-Nachher-Untersuchung vor, die von Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hermann KNOFLACHER im Auftrag der Stadt Wien durchgeführt wurde. Demnach ist der Verkehr mit schweren Lastkraftwagen in der Nacht stark zurückgegangen. An manchen Meßstellen wurden Lärmreduktionen von mehr als 5 Dezibel gemessen. Und es sind keine merkbaren negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft festzustellen. Das gab Planungsstadtrat Ing. Fritz HOFMANN Dienstag vormittag beim Pressegespräch von Bürgermeister Dr. Helmut ZILK bekannt.

Das Nachtfahrverbot in Wien gilt für Lastkraftfahrzeuge mit mehr als 3,5 Tonnen Gesamtgewicht in der Zeit von 23 Uhr bis 4.30 Uhr auf allen Fahrbahnen — mit Ausnahme der Autobahnen und einiger wichtiger Verbindungsstraßen. Das Verbot gilt nicht für Transporte von Lebensmitteln oder Transporte im öffentlichen Auftrag. In begründeten Fällen können Ausnahmegenehmigungen erteilt werden.

Die Zählungen wurden im Mai — vor Einführung des LKW-Nachtfahrverbots — und im Oktober 1986 vorgenommen. Dabei war das Verkehrsaufkommen im Oktober generell etwas geringer als im Mai.

Deutliche Abnahme des Verkehrs

Das Ergebnis sämtlicher Zählstellen (bei 6,4 Prozent weniger Kraftfahrzeugen insgesamt): LKW bis 3,5 Tonnen: minus 19,1 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (keine Lebensmittel): minus 24,5 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (Lebensmittel): minus 5,3 Prozent; LKW-Züge: minus 35,9 Prozent.

Noch besser ist das Ergebnis auf den Verbotsstrecken, das sind alle Straßen ohne die Ausnahmestrecken (bei 8 Prozent weniger Kraftfahrzeugen insgesamt): LKW bis 3,5 Tonnen: minus 12,6 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (keine Lebensmittel): minus 26,3 Prozent; LKW mit mehr als 3,5 Tonnen (Lebensmittel): minus 6,2 Prozent; LKW-Züge: minus 64,3 Prozent.

Auch bei Berücksichtigung des verringerten Verkehrsaufkommens in der zweiten Zählphase im Oktober ist also während der Zeit des Nachtfahrverbots eine sehr starke Abnahme des Verkehrs mit schweren LKW zu registrieren. Deutlich zugenommen hat hingegen der Verkehr mit LKW-Zügen auf den Ausnahmestrecken.

Auf Grund der Verkehrszählungen und der Messungen des Lärmpegels urteilt der Bericht über den Erfolg des LKW-Nachtfahrverbots in Wien:

- Es wird in einem außerordentlich hohen Grad befolgt.
- Fahrten mit besonders störenden LKW-Zügen und mit Schwerfahrzeugen, die nicht der Versorgung der Bevölkerung dienen, wurden wirksam reduziert.
- Die Wirtschaft konnte die Ausnahmerouten sinnvoll nutzen, ohne die dicht bebauten, empfindlichen städtischen Gebiete befahren zu müssen.
- Die überdurchschnittlich hohe Reduktion des Lärmpegels ist nicht nur auf quantitative Veränderungen zurückzuführen, sondern läßt auf Verhaltensänderungen des Restverkehrs schließen.
- Die richtige und unterstützende Vorgangsweise der Kammer der gewerblichen Wirtschaft bewirkte eine hohe Disziplin. Dementsprechend entstand nur ein relativ geringer Überwachungsaufwand. Zum Teil gibt es

jedoch Tendenzen, das Nachtfahrverbot in der Umgebung der Ausnahmestrecken nicht einzuhalten. Dort — zum Beispiel entlang des Donaukanals — müssen die Aktivitäten zur Durchsetzung des Verbots verstärkt werden.

- Das LKW-Nachtfahrverbot wurde vermutlich auch deshalb weitgehend akzeptiert, weil Ausnahmegewilligungen flexibel und unbürokratisch erteilt wurden.
- Da Lebensmitteltransporte nicht betroffen sind, gab es keine Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung.

Beispielgebend für andere Bundesländer

Schließlich hält das Gutachten fest, daß das Nachtfahrverbot für Lastkraftwagen in Wien „auch für andere Bundesländer beispielgebend sein sollte“.

Das LKW-Nachtfahrverbot gilt nicht auf den folgenden Wiener Straßen beziehungsweise Straßenabschnitten:

- Bundesstraßen A (Autobahnen),
 - Raffinieriestraße und Finsterbuschstraße ab Praterbrücke (A 23) bis Ölhafen Lobau,
 - Am Hubertusdamm und Am Kaisermühlendamm zwischen Brigittenauer Brücke (A 22) und Praterbrücke (A 23),
 - Handelskai ab Praterbrücke (A 23), Hafenzufahrtsstraße, Freudenauer Hafenstraße und Alberner Hafenzufahrtsstraße (bis zur Landesgrenze bei der Neubachbrücke),
 - Franzosengraben (ab A 23 — Abfahrt St. Marx) bis Baumgasse, Baumgasse zwischen Franzosengraben und Litfaßstraße und Litfaßstraße zwischen Baumgasse und Einfahrt Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx.
- (Forts. mgl.) sc/gg

Forts. von Blatt 329

Altlasten: Sanierungsart muß für jeden Einzelfall neu gewählt werden

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Altlasten, also legale oder illegale frühere Müllschüttungen oder durch andere Ursachen entstandene Schadstoffkörper, können eine Gefahr für das Grundwasser bedeuten, Giftstoffe enthalten oder Gase entwickeln. In Wien wurde nach dem Entdecken mehrerer alter Deponien, etwa der Bor-Deponie im 22. Bezirk oder der früheren illegalen, später von der Stadt Wien übernommenen und zugeschütteten Deponie „Im Gestockert“, bei der vorübergehend sogar Kleingärtner abgesiedelt werden mußten, auf Initiative von Umweltstadtrat Helmut BRAUN eine umfassende Aktion zum Finden und Sanieren sogenannter Altlasten gestartet. Mit Hilfe der Bevölkerung fand man so die Adressen von bis heute 213 alten, oft illegalen Deponien. Diese Deponien wurden und werden intensiv auf mögliche Gefahrenquellen untersucht. Nach dem bisherigen Wissensstand gibt es derzeit 30 Deponien, die vorrangig genauer untersucht bzw. je nach Ergebnis saniert werden müssen: das berichtete Umweltstadtrat Helmut Braun Dienstag im Pressegespräch des Bürgermeisters. Was die Arbeiten so langwierig macht, sind nicht allein die geologischen und hydrologischen Untersuchungen sowie die qualitativen Untersuchungen der Müllschüttungen, sondern auch die Tatsache, daß von Altlast zu Altlast die optimale Sanierungsmethode erarbeitet werden muß. Patentrezepte gibt es nicht.

Die Stadt Wien befaßt sich bekanntlich seit Jahren mit dem Problem der Grundwasserverunreinigungen (das Fünfjahresprogramm zur Vollversorgung auch der restlichen zwei Prozent der Wiener Haushalte mit einwandfreiem Trinkwasser ist nicht zuletzt eine der Konsequenzen daraus) und startete 1984 das Programm zur Erfassung von Altlasten. Bis heute kam man so auf 213 Standorte: frühere genehmigte Mülldeponien ebenso wie wilde Ablagerungen, genehmigte Erddeponien und aufgefüllte Kiesgruben, darunter natürlich meist Deponien unbekanntes Inhalts.

Bei Voruntersuchungen werden bzw. wurden 119 Grundwassersonden bei verschiedenen Altlast-Standorten errichtet. 44 Sonden sind bereits vorhanden, weitere 75 folgen bis 1989. Die mittels Sonden gewonnenen Wasserproben werden untersucht und bilden zusätzlich zu den übrigen Untersuchungen die Grundlage für die Sanierung oder Absicherung jener Altlasten, die das Grundwasser verunreinigen oder gefährden.

Manche der Altlasten befinden sich, wie das Beispiel Gaudenzhofer Gürtel zeigt, bereits seit 70 oder 80 Jahren im Boden und verursachen keine Probleme, werden jedoch dann virulent, wenn z.B. Bautätigkeit einsetzt.

Deponie- und Altlastkarte

Potentiell für das Grundwasser gefährlich erscheinende Standorte und solche, bei denen lediglich bekannt ist, daß Schüttungen vorgenommen wurden, sowie jene Stellen, bei denen Altlasten bekannt sind, werden in der Deponie- und Altlastkarte dargestellt. Das bedeutet nun nicht, daß alle darauf verzeichneten Altlasten auch tatsächlich gefährlich sind — dazu sind noch weitere Untersuchungen nötig. Dabei ist eine systematische, genau abgestufte Vorgangsweise erforderlich: Vorerhebungen, konkrete technische Untersuchungen, Detailprojekte, Sanierung. Dazu kommen noch die rechtlichen Fragen wie Grundeigentum, Verursacherfrage, Schadensfrage.

Von den bisher bekannten 213 Standorten wurden nach einer ersten Bewertung 30 Standorte, die nach dem derzeitigen Stand der Kenntnisse vorrangig behandelt werden sollen, für ein Untersuchungsprogramm vorangestellt.

Der Großteil der 30 Altlasten liegt im 21. und 22. Bezirk, einzelne ehemalige Deponien befinden sich aber auch im 2., 3., 11., 15. (Gaudenzdorfer Gürtel) und 23. Bezirk. Zu den Ablagerungen, die im Boden „schlummern“, zählen Kriegsaltslasten (vor allem Mineralölsaltslasten nach Bombardierungen von Raffinerieanlagen) ebenso wie Ablagerungen von Industrieabfällen, Anschüttungen von nicht einwandfreiem Erdmaterial, wilde Deponien im eigentlichen Sinn, aber auch behördlich genehmigte, frühere Hausmülldeponien: Die Problematik der Mülldeponien wird weltweit erst seit einigen Jahren erkannt; noch in der Zeit nach Kriegsende ging man mit Müll und anderen Sorten von Abfällen wesentlich sorgloser um.

Die Maßnahmen in Wien

Wien hat bereits — rascher als die meisten anderen Bundesländer — auf die Frage Altlastproblematik reagiert und mit der systematischen Untersuchung begonnen. Mehrere Altlasten wurden bereits saniert bzw. abgesichert — die Deponie Rautenweg, die Altlast „Im Gestockert“ (die Arbeiten hier sollen im Sommer beendet sein), Mineralölsaltslasten beim Wehr II im Baubereich der Neuen Donau, die ehemalige Bor-Deponie bei der Gotramgasse, die Ablagerungen der ehemaligen Gasfabrik am Gaudenzdorfer Gürtel (nach wie vor in Arbeit). Untersuchungen und Planungen sind für die WIG 64/Donaupark, wo ungefähr Anfang der Fünfzigerjahre auf einer ehemaligen Deponie weitere Schüttungen vorgenommen wurden, für ein Industrieareal in Siebenhirten und die Deponie beim Himmelteich angelaufen. Dazu kommen das Grundwassersondenprogramm und weitere Erhebungen.

Je nach Ergebnis der Grundwasser- und Bodenuntersuchungen muß bei jenen der 30 Standorte erster Kategorie, die tatsächlich eine Gefährdung bilden, die Sanierung durchgeführt werden. In weiterer Folge werden nach den Standorten erster Kategorie natürlich auch die anderen Standorte berücksichtigt. (Forts.mgl.) hrs/bs

Forts. von Blatt 331

Der „freundliche Wiener“ bei den Wiener Freizeitmessen

Wien, 17.2. (RK-LOKAL) Die lustigsten und skurrilsten Fotos, die letztes Jahr bei der Aktion „Come and see friendly Vienna“ eingesandt wurden, sind nun bei den Wiener Freizeitmessen in der Halle 27 des Messegeländes ausgestellt. Darunter befinden sich „Spitzenleistungen“ wie die Wien-Kleber auf einem Einbahnschild in Chicago oder „Der freundliche Wiener in Tibet“. Der Fotowettbewerb im Rahmen der Aktion „freundlicher Wiener“ hat den Messedirektoren Gerd HOFMANN und Reginald FÖLDY so gut gefallen, daß Sie dem Wiener Fremdenverkehrsverband gratis Platz für die Fotodokumentation zur Verfügung stellten. (Schluß) wfv/bs

Zwischenbilanz der Aktion gegen Schnellfahrer

Wien, 17.2. (RK-KOMMUNAL) Im Rahmen der Aktion gegen Schnellfahrer, die im Juni 1986 zwischen Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Polizeipräsident Dr. Karl REIDINGER vereinbart worden war, registrierte die Wiener Polizei zwischen 20. Juni und 31. Dezember 1986 mehr als 50.000 Temposünder. Das heißt, daß binnen eines halben Jahres etwa jedem zehnten Wiener Autofahrer eine Geschwindigkeitsübertretung nachgewiesen wurde! Bei rund 5 Prozent der Schnellfahrer ergaben die Radarkontrollen Geschwindigkeiten von mehr als 100 km/h. Von Beginn der Aktion bis Jahresende wurden 20.615 Organstrafen verfügt, in 29.615 weiteren Fällen wurden Anzeigen verhängt (durchschnittliche Strafhöhe 600 Schilling).

Während des gesamten Jahres 1986 wurden bei Radarmessungen in Wien 70.000 Temposünder registriert. „Haupttrennstrecke“ war die Süd-Ost-Tangente, wo voriges Jahr mit Radar gemessene Geschwindigkeitsüberschreitungen zu mehr als 23.000 Anzeigen führten. Neben den Radarkontrollen ergab die Überwachungstätigkeit der Polizei auf diesem Straßenzug 1986 weitere 27.000 Anzeigen und Organstrafverfügungen, zumeist ebenfalls wegen Geschwindigkeitsübertretungen. (Forts. mgl.) chr/rr

Mayr: Banken sollen Wohnbaukredite billiger machen

Wien, 17.2. (RK-POLITIK/WIRTSCHAFT) Gegen den Vorschlag des Generalsekretärs des Verbandes der österreichischen Landeshypothekenbanken, Walter JANAUER, Wohnbaudarlehen durch Zinsstützungen zu fördern, sprach sich Dienstag Vizebürgermeister Hans MAYR aus. Die Forderung müßte, so Mayr, umgekehrt lauten: keine Zinsstützung, sondern eine Verbilligung der Wohnbaukredite durch die Banken selbst. Mit einem Zinssatz von 8,5 Prozent liegen die für die Banken äußerst sicheren und problemlosen Wohnbaukredite eindeutig zu hoch und es sei einigermaßen unverständlich, für dieses für die Banken äußerst gute Geschäft noch eine öffentliche Förderung zu verlangen, betonte Mayr. In einer Zeit, in der öffentlichen Anleihen einen Zinssatz von 6 3/4 Prozent aufweisen, müßten die Wohnbaukredite einfach billiger werden, schloß Mayr. (Schluß) sei/bs